

Homeoffice öffnet Einfallstore für Cyberkriminelle

In großer Hast wurden im Frühjahr zahllose Angestellte ins Homeoffice geschickt. Viele von ihnen blieben auch zwischen den Pandemiewellen, zumindest tageweise, gleich dort. Die technische Infrastruktur für die digitale Heimarbeit wurde dabei oftmals zusammenimprovisiert. Spätestens mit dem neuerlichen Lockdown stellt sich daher nun verschärft die Frage nach der IT-Sicherheit im heimischen Büro.

Um die steht es laut einer aktuellen YouGov-Umfrage im Auftrag des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) nach wie vor nicht gut. So setzen rund 60 Prozent der Homeoffice-Arbeiter auch private Endgeräte wie Notebooks, Smartphones und Tablets für berufliche Zwecke ein. Mehr als jeder fünfte nutzt WhatsApp für Geschäftskommunikation, jeder zehnte wickelt geschäftliche E-Mails auch über ein privates Mail-Konto ab.

„Private Geräte und E-Mail-Accounts sind in aller Regel schlechter geschützt als die firmeneigene IT. Dadurch verlieren Unternehmen die Kontrolle über ihre IT-Sicherheit und damit über die Sicherheit ihrer Daten“, warnt der GDV-Experte für Cybersicherheit Peter Graß. Zum Schutz vor den finanziellen Folgen von Cyberattacken – aber auch zu deren Prävention – gibt es mittlerweile ein breites Angebot an Cyberversicherungen. Noch allerdings sind sie wenig verbreitet.

2021 bietet die Chance auf mehr Rente „zum Nulltarif“

Mit Jahresbeginn ist der Solidaritätszuschlag auf die Einkommenssteuer für rund 90 Prozent der Steuerzahler weggefallen. Damit haben mehr als 33 Millionen Bundesbürger je nach Einkommen pro Jahr zwischen 100 und 900 Euro mehr im Portemonnaie. Eine perfekte Gelegenheit, ohne spürbaren Mehraufwand die private Altersvorsorge deutlich aufzustocken und sich so einen angenehmeren Ruhestand zu sichern. Bekanntermaßen steuern Millionen Menschen hierzulande auf die Altersarmut zu, wenn sie ihre gesetzlichen Rentenansprüche nicht mit eigenen Sparbemühungen ergänzen.

So spielen denn auch etwa zwei Drittel der Deutschen laut einer aktuellen Umfrage mit dem Gedanken, die Soli-Ersparnis zum Stopfen der Altersvorsorge-Lücke einzusetzen. Das scheint auch dringend nötig zu sein, denn nur jeder dritte Befragte legt momentan mehr als 200 Euro fürs Alter zurück. Ebenso viele, überwiegend Frauen, betreiben derzeit gar keine private Altersvorsorge. Viele Produkte ermöglichen es, den Sparbetrag durch staatliche Förderung signifikant zu erhöhen.

Vier von fünf Sterbegeldversicherungen überzeugen

Eine Bestattung kostet in Deutschland, in einfacher Ausführung, im Durchschnitt rund 8.000 Euro. Fällig werden neben Bestattungskosten und dem Kaufpreis für Sarg bzw. Urne und Grabstein auch Friedhofsgebühren und natürlich die Kosten der Trauerfeier (die ja voraussichtlich in einigen Monaten wieder in gewohntem Rahmen stattfinden können wird).

Wer seine Angehörigen nicht in einer Zeit tiefer Trauer mit solchen Ausgaben noch zusätzlich belasten will, kann mit einer Sterbegeldversicherung vorsorgen. Sie zahlt beim Tod der versicherten Person eine vorher vereinbarte Summe aus und bietet in vielen Fällen überdies verschiedene Assistance-Leistungen an.

Das Analysehaus Morgen & Morgen hat kürzlich 105 Tarife von Sterbegeldversicherern unter die Lupe genommen – und dem Markt ein gutes Zeugnis ausgestellt: 83 Angebote wurden mit „ausgezeichnet“ (32) oder „sehr gut“ (51) bewertet. Nur ein Tarif fiel mit der Note „schwach“ durch. Das Preis-Leistungs-Verhältnis blieb dabei zwar außen vor, die Prämienhöhe wurde als nicht einbezogen. Doch die Kunden können sich mit diesem unabhängigen Testat darauf verlassen, bei den meisten Anbietern ordentliche Qualität zu erhalten.

Corona treibt Sparquote auf 17 Prozent

Die Pandemie mit ihren wirtschaftlichen Verwerfungen hat den Deutschen gezeigt, wie wichtig die Vorsorge für schlechte Zeiten ist. Dass die Bundesbürger nun mehr Geld auf die hohe Kante legen als jemals zuvor, geht indes nicht nur auf ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis zurück. Auch die stark eingeschränkten Konsummöglichkeiten, von Shopping über Gastronomie bis hin zu Reisen und Kultur, sorgen dafür, dass ein größerer Teil des Einkommens nicht ausgegeben wird.

Der Bankenverband BVR schätzt, dass die Sparquote 2020 rund 17 Prozent betragen hat. Vorher waren nie mehr als 13 Prozent verzeichnet worden, üblicherweise liegt die Quote sogar nur im hohen einstelligen Bereich – womit die Deutschen international aber schon als Sparfüchse galten.

Folgerichtig zeigen GfK-Erhebungen, dass die Kaufkraft 2021 voraussichtlich um 2 Prozent höher liegen wird als im Vorjahr. 23.637 Euro stünden damit jedem Deutschen im Schnitt zur Verfügung. Gute Aussichten immerhin für konjunkturfördernden Nachholkonsum, wenn die Corona-Beschränkungen fallen.

Druck auf Höchstrechnungszins wächst

Eine Zinswende im Euroraum ist mit der Bekämpfung der Pandemie(folgen) in weite Ferne gerückt. Da sich zahlreiche Staaten des Euroraums bis an die Schmerzgrenze verschuldet haben, könnte eine Zinserhöhung zu Zahlungsausfällen mit unwägbareren Folgen für die Finanzmärkte insgesamt führen. Nullzinsen werden also noch viele Jahre die neue Normalität bleiben.

Die garantierte Verzinsung von Lebensversicherungen wird für die Anbieter somit immer schwieriger darstellbar – selbst auf dem heutigen Niveau des Höchstrechnungszinses von 0,9 Prozent. Diese auch als Garantiezins bezeichnete Marke gibt an, wie viel die Versicherer ihren Kunden maximal verbindlich zusagen dürfen. In gar nicht mal so weit zurückliegenden Zeiten, nämlich kurz vor der Jahrtausendwende, lag sie noch bei 4 Prozent.

Nun fordert die Deutsche Aktuarvereinigung (DAV) mit Nachdruck, den Höchstrechnungszins im nächsten Jahr auf 0,25 Prozent abzusenken. Bisher hatten die Versicherungsmathematiker die Marke von 0,5 Prozent avisiert. Wie an dieser Stelle kürzlich berichtet, verabschieden sich immer mehr Versicherer von der klassischen Kapitallebensversicherung mit Garantiezins.

Großinvestoren wollen klimaneutral werden – in drei Jahrzehnten

Im Dezember erst haben die Vereinten Nationen die Menschheit mit dramatischen neuen Kalkulationen zu deutlich verstärkten Klimaschutzbemühungen aufgerufen. Da kommt es wie gerufen, dass auch 30 Großinvestoren weltweit, die zusammen fast neun Billionen US-Dollar verwalten, sich zur Klimaneutralität verpflichtet haben. Die Mitglieder der „Net Zero Asset Managers“-Initiative wollen nur noch in Unternehmen investieren, die eine ausgeglichene oder positive Klimabilanz vorweisen können. Unter den teilnehmenden Vermögensverwaltern finden sich bekannte Namen wie Fidelity, UBS, Schroders, Axa oder Wellington. Sie folgen dem Beispiel von zwölf der weltweit größten Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds, die sich 2019 zu einer klimabewussten Anlagepolitik verpflichtet haben.

Der Umstellungszeitraum, den „Net Zero Asset Managers“ vorsieht, ist allerdings großzügig bemessen: Erst 2050 wollen die Kapitalmarkt-Schergewichte über die Ziellinie laufen. Kritiker bemängeln, dass bis dahin noch jede Menge Zeit bleibe, mit klimaschädlichen Produkten und Branchen Rendite zu erwirtschaften – was auch weiterhin in großem Umfang geschieht.

BMW-Fahrer verunfallen am häufigsten, Skoda-Fahrer am seltensten

Ein großer Versicherer hat 270.000 Kfz-Schadensfälle untersucht und die Ergebnisse in seinem „Karambolage-Atlas 2020“ zusammengefasst. Wie sich zeigt, sind die Fahrer von Oberklassefahrzeugen besonders unfallträchtig unterwegs: Während im Durchschnitt 9,1 Prozent der Autohalter pro Jahr einen Schaden verursachen, sind es bei BMW-Fahrern 14,4 Prozent, dicht gefolgt von Audi- und Mercedes-Fahrern. Am vorsichtigsten agieren offenbar Skoda-Fahrer, die auf eine Quote von 4 Prozent kommen.

Insgesamt treten weniger Schadensfälle auf, die aber jeweils mehr kosten. Während 2017 noch jeder neunte Autofahrer einen Schaden verursachte, war es zwei Jahre später nur jeder elfte. Die durchschnittliche Schadenshöhe stieg im selben Zeitraum um rund 50 Euro auf circa 2.350 Euro. Der Hauptgrund dafür dürfte in der zunehmenden Technisierung der Fahrzeuge liegen: Deren Assistenzsysteme helfen einerseits, kleinere Schäden wie etwa beim Einparken zu verhindern; andererseits müssen immer hochwertigere Teile ersetzt werden, wenn es dann mal kracht.

Die bundesweit höchste Schadensquote weist Hagen im Ruhrgebiet mit 20,9 Prozent auf, gefolgt von Düsseldorf mit 17,8 Prozent. Besonders selten kracht es hingegen in Brandenburg (7,6 Prozent).

Was die DAX-Reform für Anleger bedeutet

Aus dem DAX30 wird im September dieses Jahres der DAX40. Zehn Unternehmen aus dem MDAX werden also in die erste Börsenliga aufsteigen. Die Reform wird von Marktbeobachtern in erster Linie dem Wirecard-Desaster zugeschrieben: Der zeitweilige Anlegerliebling legte im vergangenen Jahr mit dreist-betrügerischen Methoden die erste Pleite eines DAX-Konzerns hin – peinlich für die Börsenaufseher, auf deren sorgfältige Arbeit die nun geprellten Investoren vertraut hatten.

Viel wird sich mit der Reform für die Anleger nicht ändern. Immerhin bedeutet es für solche, die etwa über einen ETF auf den DAX setzen, mehr Diversifikation und damit mehr Sicherheit. Die soll insbesondere auch von einer schärferen Bilanzprüfung und von der Vorgabe profitieren, in den letzten beiden Jahren vor Aufnahme in den Index positive Ergebnisse vorzuweisen.

Unattraktiver dürfte allerdings der MDAX werden, da er seine zehn stärksten Unternehmen ziehen lassen und durch kleinere Player ersetzen muss. Damit büßt er rund ein Drittel seiner Marktkapitalisierung ein.
